

Wiedereinführung einer solidarischen Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/261 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frau-en, Familie, Gesundheit und Migration - Drs. 17/519

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Böhlke, ich finde, wir hatten eine deutliche Aussprache im Ausschuss, vor allen Dingen über die Historie in Sachen Pflege. Kein einziges sozialpolitisches Thema ist in der vergangenen Legislaturperiode so oft im Parlament behandelt worden wie das Thema Pflege. Allein in der vergangenen Legislaturperiode haben wir 20-mal hier im Plenum darüber geredet und gestritten.

(Norbert Böhlke [CDU]: Pflegekammer!)

Ich will Ihnen nur einmal die Themen sagen: „gerechte Bezahlung in der Pflege“, „keine Dumpinglöhne“, „keine Kürzungen in der Kurzzeitpflege“, „Fachkräftemangel in der Pflege begegnen“, „die Altenpflegeausbildung stärken“, „Pflegepakt Niedersachsen - Gute Pflege für alle - Wertvolle Pflege sichern“, „Schulgeldfreiheit ... gesetzlich absichern“, „Anerkennung der Sprachkompetenz von Pflegekräften aus Spanien“.

In der Regel waren das alles Initiativen von Rot-Grün, und in der Regel haben Sie die alle abgelehnt, meine Damen und Herren.

(Petra Tiemann [SPD]: So ist es!)

Wir haben allein im Jahre 2012 zwei große Anhörungen aller relevanten Fachverbände im Sozialausschuss gehabt. Dabei ist die Haltung zur Einführung der Altenpflegeumlage jedes Mal mit abgefragt worden. Das heißt, die Positionen der Verbände sind mehr als hinlänglich bekannt. Sie sind zuletzt vor noch nicht einmal einem Dreivierteljahr im Sozialausschuss hoch und runter diskutiert worden. Wozu Sie da eine neue Bewertung brauchen, weiß ich nicht. Aber wenn es darum geht, hier erneut Zeit zu schinden, dann kann ich nur sagen: Damit werden Sie dem Thema überhaupt nicht gerecht. Wir wollten das jedenfalls nicht.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben bei der Pflegeproblematik, vor allem bei der Altenpflegeproblematik, seit Jahren kein Erkenntnisdefizit, aber ein dramatisches Handlungsdefizit - seitens der früheren Landesregierung und im Übrigen auch seitens der bisherigen Bundesregierung.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Was haben Sie denn bis jetzt unternommen? Gar nichts!)

Ich erinnere daran: Bundesgesundheitsminister Rösler hatte 2011 zum Jahr der Pflege erklärt und verschwand dann unverrichteter Dinge im Wirtschaftsministerium. Sein Nachfolger, Bundesgesundheitsminister Bahr, verschleppte und verhinderte die Einführung eines neuen Pflegebegriffes und damit den längst überfälligen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Demenz zum kompletten Leistungskatalog der Pflegeversicherung. Da ist ein völlig unwürdiges Spiel abgegangen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Stattdessen erfand Minister Bahr eine private Zusatzversicherung für die Pflege und weigerte sich gleichzeitig, eine auskömmliche finanzielle Grundlage für die Pflegeversicherung zu schaffen.

(Christian Grascha [FDP]: Wer hat denn in den elf Jahren davor den Minister gestellt?)

Die FDP verhinderte auch in der Pflege beharrlich die Einführung eines Mindestlohnes und ließ so zu, dass insbesondere die Wertschätzung gegenüber den Altenpflegeberufen immer weiter gesunken ist. Meine Damen und Herren, wer so Sozialpolitik betrieben hat, der darf sich auch nicht wundern, dass er am vergangenen Sonntag selber zum politischen Pflegefall erklärt worden ist.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Bei dem Ergebnis, das Sie von der SPD erzielt haben, brauchen Sie sich über die FDP keine Gedanken zu machen! - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Das war jetzt eben keine Bewerbung, Herr Hilbers!)

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Niedersachsen wird bekanntlich rasant ansteigen, von heute 270 000 auf über 300 000 bis zum Ende des Jahrzehnts. Wenn ich 30 000 fehlende Pflegekräfte in den nächsten zehn Jahren zu verantworten hätte, dann würde ich mich etwas mehr zurückhalten, als Sie es gerade tun.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Prognosen sind nämlich nicht vom Himmel gefallen; es sind die Prognosen der alten Landesregierung. Demnach werden wir schon 2020 allein in diesem Bundesland 30 000 Kräfte zu wenig haben. Wer dann wie der Kollege Böhlke immer noch nicht die Notwendigkeit einer Umlagefinanzierung sieht, der lässt sich auch in fünf weiteren Anhörungen nicht belehren; da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind mittendrin im Pflegenotstand. Das bestreitet außer der CDU jedenfalls in der Fachszene niemand. Es ist übrigens durchaus nachvollziehbar, dass Frau von der Leyen durch Europa tourt und ausländische Pflegekräfte anwerben will. Ich finde, es wäre besser gewesen, wenn sie sich die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Pflege in Deutschland mit dem gleichen Elan vorgenommen hätte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Grünen ist die Situation der Pflege ein Schwerpunktthema. Wir haben hier in Niedersachsen die Einberufung einer Fachkommission Pflege versprochen und dies sofort nach der Regierungsübernahme vollzogen. Wir haben die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit in der Altenpflege zugesagt und als eine der ersten Maßnahmen hier im Landtag beschlossen. Am Gesetzentwurf wird gearbeitet. Im Haushaltsplanentwurf ist die Umsetzung abgebildet. Die Sozialministerin hat in mehreren Verhandlungsrunden den lange schwelenden Vergütungskonflikt zwischen ambulanten Pflegediensten und Pflegekassen entschärft. Das ist gut für die Pflegebedürftigen, und das ist gut für die Pflegekräfte.

Wir haben die Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung in der Altenpflege versprochen und fordern heute die Landesregierung mit unserem Beschluss auf, dies umzusetzen. Die dafür notwendigen Voraussetzungen - da hat Herr Böhlke recht - sind im Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr abgebildet. Meine Damen und

Herren, es muss wirklich endlich Schluss damit sein, dass sich ambulante Pflegeeinrichtungen kaum an der Ausbildung beteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es muss endlich Schluss damit sein, dass ausbildende Betriebe Wettbewerbsnachteile haben und gegebenenfalls in die Tarifflicht getrieben werden. Es muss Schluss damit sein, dass Betriebe, die sich nicht an der Nachwuchsförderung beteiligen, auch noch mit Gewinnmaximierung belohnt werden.

Die Beispiele u. a. aus Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland machen deutlich, dass die Einführung einer Umlagefinanzierung hier ein geeignetes Instrument ist. In der Tat hat Frau Merk im Jahre 2000 die Umlagefinanzierung ausgesetzt, weil sie mehrfach beklagt worden ist. 2003, also vor zehn Jahren, ist die Rechtmäßigkeit dieser Umlage festgestellt worden, und zwar höchstrichterlich. Da muss man nicht mehr die Kämpfe der vergangenen Jahre führen. Diese Umlage ist rechtssicher, und deshalb wird diese Umlage zur Sicherung der Altenpflege in Niedersachsen eingeführt, meine Damen und Herren.

Als Finanzierungsgrundlage nehmen wir das Stiftungskapital der Altenpflegestiftung von immerhin 10 Millionen Euro - Stiftungskapital, das Sie zweckentfremdet in diese Stiftung eingebracht haben.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das verbrauchen Sie!)

Es ist von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen finanziert worden, und zwar für einen einzigen Zweck, nämlich die Ausbildung in der Pflege zu sichern. Deshalb ist es mehr als legitim, dass wir das Geld wieder für den Zweck einsetzen, für den es in Treu und Glauben gezahlt worden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Altenpflege keine Zeit mehr zu verlieren. Wir reden nicht nur, wir handeln. Dafür ist Rot-Grün gewählt worden, und das setzen wir auch so um.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)